

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neunkirch und Umgegend

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung des amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Verwaltungsgerichts und des Hauptgemeindefiskus zu Bischofswerda, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda beständig bestellte Blatt.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich Wap. G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1621. Gemeindeverbandskassafonds Bischofswerda Konto Nr. 64

Abbestellungspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbjährlich 1.80, beim Abholen in der Geschäftsstelle halbjährlich 1.60. Einzelpreis 10 Pf. (Sonntagsbeilage 15 Pf.)

Abbestellungspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbjährlich 1.80, beim Abholen in der Geschäftsstelle halbjährlich 1.60. Einzelpreis 10 Pf. (Sonntagsbeilage 15 Pf.)

Abbestellungspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbjährlich 1.80, beim Abholen in der Geschäftsstelle halbjährlich 1.60. Einzelpreis 10 Pf. (Sonntagsbeilage 15 Pf.)

Nr. 255 Freitag/Sonntag, den 30./31. Oktober 1931. 86. Jahrgang

Tageschau.

Die Generalkonferenz des Wirtschaftsbeirats wird bereits Freitagabend zum Abschluss kommen und zur Einsetzung der drei Ausschüsse für die Hauptfragen führen. Man rechnet damit, dass die Ausschüsse schon Ende nächster Woche ihre Berichte vorlegen werden. Die Verhandlungen werden streng vertraulich geführt.

Die Reichsbahn hat den in dem Lohnstreik zwischen Reichsbahnverwaltung und den am Reichsbahnlohnstreik beteiligten Gewerkschaften gefällten Schlichterpruch abgelehnt.

Botschafter v. Gorch verließ am Donnerstagabend Paris, um sich auf den Abschluss der Disarmierung nach Berlin zu begeben. Mehrere Pariser Nachrichten berichten, dass Gorch großen Wert darauf legt, dass im 3. S. des Versailler Vertrags die Bestimmungen über die Abrüstung nicht nur als einseitige französische Forderung, sondern als ein gemeinsames Ziel der Völker angesehen werden soll.

Die Kaiserin aus Washington meldet, in die offizielle Erklärung, dass die Vereinigten Staaten dem Völkervertrag über einseitige Abrüstung zustimmen, nach Genf telegraphiert werden.

Nach Meldungen aus Madrid beschäftigt die spanische Regierung die Zeit der Besetzung am 30. Proz. heranzuführen. Man nimmt an, dass die Besetzung des Finanzministeriums, des Außenministeriums und die diplomatischen und konsularischen Stellen in Kürze abgeschlossen sein werden.

Die Regierung von Yenan in Tschiang ist eine schwere Spaltung erlitten. Der Leiter des Regierungskabinetts hat sich mit mehreren Ministern und Beamten für den Austritt aus der Regierung erklärt.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Frankreich kauft Europa.

Politik am Schienenstrang. — Erneute Einkreisung Deutschlands.

Eine amtliche Mitteilung der österreichischen Regierung besagt, dass die Nachrichten über den Verkauf oder über die Verpachtung der österreichischen Bundesbahn jedweder Grundlage entbehren. Ein hervorragender österreichischer Parlamentarier hat jedoch, was nicht bestritten werden kann, wegen des Verkaufs der Bundesbahn tatsächlich mit einer französischen Gruppe Verhandlungen geführt, und es bleibt dahingestellt, ob ein Funktionär der Bundesbahn, der sich in Frankreich befindet, tatsächlich lediglich die dortige Verstromung der Bahnen im Süden studiert und nicht auch — so „nebenbei“ — andere Aufgaben besetzt. Die Gefahr, dass Frankreich seine Hand auf die österreichischen Eisenbahnen legt, dauert ja nicht erst von gestern oder vorgestern. Schon vor Monaten ist der Plan aufgetaucht, in Verbindung mit den französischen Krediten für Österreich einen Pariser Kontrollleur nach Wien zu entsenden, der die Eisenbahnen daraufhin überprüfen sollte, inwieweit sie sich als Garantie für einen Kredit eignen. Man sprach schon damals von einer ständigen Kontrolle, und von dieser bis zu einer Verpachtung und schließlich einem Verkauf ist weiter nichts weiter Weg.

Was Frankreich da in Österreich unternimmt, das ist große Politik im engsten und im weitesten Sinne des Wortes. Es ist die Erfüllung des Pariser Traumes von einer Donauabfertigung, vorerst auf verkehrsrechtlichem Gebiete, und es ist weiterhin eine erneute Einkreisung Deutschlands. Derbügten Nachrichten zufolge will sich nämlich Paris nicht damit begnügen, die österreichischen Bundesbahnen in seinem Besitz zu bekommen, sondern es hat sogar schon grundsätzlich die Zustimmung der ungarischen Regierung zur Verpachtung der magyarischen Bahnen anlässlich des jüngsten Zusammenhanges der Mitglieder des Finanzkomitees des Völkerbundes in Budapest in der Tasche. Und die französischen Verhandlungen mit der Tschedossowati über eine Verpachtung der Eisenbahnen dieses Landes an Frankreich gehen langsam aber sicher einem positiven Abschluss entgegen. Der Plan ist dann noch weiter gedacht. Er soll nämlich auch die Bahnen Südbanlans erfassen, denn vor kurzem erst ein französischer Kredit eingeräumt worden ist, und schließlich auch die Bahnen Rumaniens, dessen kreditpolitische Bindung an Frankreich nicht unbekannt ist. Die tschedossowatischen Eisenbahnen haben direkten Anschluss an die Bahnen Rumaniens und Polens, wo Frankreich jederzeit Truppenbesetzungen vorzunehmen vermag. Die Einkreisung schließt sich so deutlich ab, dass dagegen die Pläne eines Bundes VII ein Verstoß wären.

Soweit die Rietze Entente und Polen in Betracht kommen, bieten sich einmal nur geringe Schwierigkeiten für

Frankreich, und andererseits handelt es sich dabei lediglich um die Verfolgung einer alten politischen Linie. Bei Ungarn jedoch wirkt sich jetzt, wie man sieht, doch schon der Kurswechsel aus, der vor einigen Monaten in Budapest in politischer Hinsicht vorgenommen worden ist. Man hat in der letzten Zeit nicht mehr viel von Budapest gehört, und schon glaubt man, annehmen zu können, dass die Nachrichten, die von einer starken Annäherung Budapests an Paris unter entsprechender Entfremdung von Italien wiffen wollten, doch recht übertrieben gemeint seien. Jetzt sieht man, wie der Hais zu laufen beginnt. Und Oesterreich? — Die Finanzlage dieses Landes ist trotz der ungeheuren Anstrengungen, die man in Wien unternommen hatte, um eine Ausgleichsaktion im Staatsvoranschlag für 1932 vorzunehmen, geradezu hofflos. Es besteht die Befürchtung, dass alle Opfer, alle Gehaltskürzungen und Streichungen, was sonst gewesen sind, und dass die Einnahmeseite des Budgets einfach durch die wirtschaftliche Entwicklung umgeworfen werden wird. Der Gesamthaushalt der öffentlichen Hand ist zudem noch nicht in Ordnung gebracht, die Zahlungsbilanz ist gefährlich passiv, die kurzfristige Auslandsverschuldung eine untragbare Last trotz der Stillhaltung, der Verlängerung wichtiger kurzfristiger Kredite und aller Einsparungen. Die Lebensfähigkeit Oesterreichs in seiner gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Gestalt ist nicht so froh gutzugehen wie jetzt.

Und da sich infolgedessen auch die Notwendigkeit des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland gebieterisch aufzwingt, unternimmt Frankreich einen Schachzug zur Veränderung des organischen Anschlusses auf absehbare Zeit durch Wulst auf der Lebensader des österreichischen Staates, ferner durch innige Verknüpfung mit den übrigen Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie. Diese soll also erst einmal verkehrspolitisch ihre Wiederaufhebung feiern, nicht unter der schwarz-weißen Französischer, sondern unter der Jakobinermütze der französischen Marianne.

Das Bild ist soweit abgerundet. Rätsel gibt es nicht auf, und es bleiben eigentlich nur noch einige Kleinigkeiten zu erwähnen, wie z. B. die Pläne Italiens mit dem Ausbau des Hafens von Triest, die ja durch ein französisches Schienenneubau in Donauabfertigung etwas reduziert werden müßten, und man erinnert sich vielleicht auch an die Tatsache, dass die Italiener in Innsbruck einen Freibahnhof besitzen, der unter französischer Regie wohl ein etwas anderes Gesicht erhalten würde. Das alles aber nur am Rande. Es verbleibt natürlich vor der Tatsache, dass Frankreich mit deutschem Tributgeld mit deutschem Blutgeld, sich anschickt, die Donauabfertigung zu zimmern, zur Einkreisung Deutschlands, zu seiner politischen und wirtschaftlichen Erstarrung. Und das alles als Auftakt für den Zusammenritt des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses zur „Befreiung Europas“...

Die erste Sitzung des Wirtschaftsbeirats.

Berlin, 29. Oktober. Im Hause des Reichspräsidenten fand heute die erste Sitzung des von Hindenburg berufenen Wirtschaftsbeirates statt, zu der sich außer den Mitgliedern des Wirtschaftsbeirates der Reichskanzler und die Reichsminister, der Reichsbankpräsident und der Generaldirektor der Reichsbahn eingefunden hatten.

Reichspräsident von Hindenburg

empfangt die Erschienenen im großen Saal des Präsidentenpalastes und begrüßt sie hier mit folgender Ansprache: „Es ist mir eine angenehme Pflicht, Sie willkommen zu heißen und Ihnen für die Bereitwilligkeit zu danken, mit der Sie meinem Rufe Folge geleistet und Ihre Mitarbeit zur Verfügung gestellt haben. Die schwere Krise der Weltwirtschaft und Deutschlands besondere wirtschaftliche Bedrängnis erfüllen alle Schichten unserer Bevölkerung mit danger Sorge. Sie rufen an den Grundpfeilern des wirtschaftlichen Lebens, die Trauens- und erschüttern die Zuversicht in die Erhaltung der Grundlagen unserer Volkswirtschaft.“

Im Bewußtsein der Verantwortung, die ich vor dem deutschen Volke und vor meinem Gewissen trage, habe ich mich entschlossen, angesichts der außerordentlichen Wirtschaftskrisis einen besonderen und außerordentlichen Weg zu beschreiten.

Ich habe nach Vorschlägen der Reichsregierung aus führenden Persönlichkeiten des wirtschaftlichen Lebens, aus den großen Wirtschaftsgruppen von Industrie, Landwirtschaft, Handel, Handwerk und Kleinvertrieb, aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern einen Wirtschaftsbeirat zusammenberufen und heute zu einer gemeinsamen Beratung mit der Reichsregierung zu mir geladen, um der Reichsregierung bei ihren

Bemühungen um einen Weg zu helfen, auf dem die wirtschaftliche und soziale Not des deutschen Volkes zum Besseren gewendet werden kann. Niemand von Ihnen wird verkennen, in welchem Maße die Lage Deutschlands durch wirtschaftliche und weltwirtschaftliche Umstände bestimmt wird. Hier liegen die schweren und großen Aufgaben der deutschen Außenpolitik.

Von Ihnen aber erwarte ich, daß Sie sich mit mir und mit der Reichsregierung von dem unbegrenzten Willen besetzen lassen, wie auch immer die Entwicklung der Welt sein mag, aus der eigenen Kraft Deutschlands heraus von unserem Volke abzuwenden, was eigenes Handeln nur legend abzuwenden vermag.

Nur so wird eine Grundlage geschaffen für die notwendigen internationalen Bemühungen zur Lösung der gesamten Weltkrise. Nur das Bewußtsein solcher Pflichterfüllung und äußerster Kraftanstrengung wird unser Volk befähigen, in innerer Verbundenheit und mit nationaler Würde das zu tragen, was sich an seinem Schicksal als unabwendbar erweist. Die Aufgabe, die Ihnen gestellt ist, kann nur bei richtiger Wertung der wirtschaftlichen Kräfte und in gerechter Abwägung widerstreitender Interessen gelöst werden. Ich erhoffe als Ergebnis dieser Zusammenarbeit wirtschaftlicher Sachverständiger und der Reichsregierung einen Ausgleich wirtschafts- und sozialpolitischer Gegensätze und eine Besserung der deutschen Wirtschaftslage.

Wenn diese schwere Aufgabe gelöst werden soll, darf jeder von Ihnen sich nur der Gesamtheit des deutschen Volkes und dem eigenen Gewissen verantwortlich fühlen, muß sich jeder innerlich loslösen von Gedanken an Gruppeninteressen und an Einzelinteressen.

Nur wenn solche Befinnung Sie, meine Herren, erfüllt, werden Ihre Beratungen den sittlichen Wert und die überzeugende Kraft besitzen, ohne die ein gesundes und lebensfähiges Volk sich nicht führen läßt. Wenn das deutsche Volk durch die wirtschaftlichen und moralischen Wirrnisse und die Gefahren innerer Zerlegung hindurch zu besserer Zukunft gelangen soll, so ist hierfür Voraussetzung, daß die Führer der Wirtschaft zusammen mit der Reichsregierung einen klaren und gleicheren Weg gehen. Möge Ihre Zusammenarbeit, meine Herren, Ergebnisse zeitigen, welche die Reichsregierung in den Stand setzen, auf Grund der verfassungsmäßigen und geschichtlichen Verantwortung, die ihr die Pflicht der Führung zuweist, mir wirksame Maßnahmen zur Wiedergeburt unserer Wirtschaft und zur Wahrung der Erhaltung des sozialen Friedens vorzuschlagen. Dieses Ziel steht vor Augen lassen Sie uns nunmehr an die gemeinsame Arbeit gehen!“

Nach der Rede des Reichspräsidenten begaben sich die Mitglieder des Wirtschaftsbeirates in den Sitzungssaal der Reichskanzlei, wo

die Generaldiskussion

eröffnet wurde. Es sprachen einleitend der Reichskanzler, der Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold und der Reichsbankpräsident Dr. Luther. Der Reichskanzler äußerte sich dabei in sehr eingehender Form über die bisher ausgearbeiteten Regierungspläne, die als Unterlage für die Arbeiten des Wirtschaftsbeirates gedacht sind.

Mit Ausnahme der Proklamation des Reichspräsidenten sind sämtliche Ausführungen, die im Wirtschaftsbeirat gemacht worden sind, und die weiter gemacht werden, streng vertraulich erklärt worden. Auch die Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning soll nicht zur Veröffentlichung gelangen. Ueber die allgemeinen Wendungen des amtlich redigierten Berichtes über die erste Sitzung des Wirtschaftsbeirates hinaus glauben wir feststellen zu können, daß die Rede Dr. Brünings, ähnlich wie der Appell des Reichspräsidenten, in der Forderung gipfelt, daß Deutschland sich aus eigenen Kräften helfen müsse.

Der Reichskanzler wird in diesem Zusammenhang auf die internationale Zwangslage verwiesen haben, in die die deutsche Wirtschaft durch die Entwicklung in den übrigen Teilen der Welt geraten ist. Fast auf der ganzen Erde sind deutliche Anzeichen einer mehr oder weniger starken Währungszerstörung festzustellen, die namentlich in Südamerika ein Ausmaß angenommen hat, das für die dortigen Wirtschaftsinteressen Deutschlands außerordentlich abträglich und verlustbringend gemeint ist. Der Kanzler wird daran weiter erinnert haben, daß Deutschland den Weg der systematischen Währungsentwertung, den andere Nationen, wie beispielsweise England, bewußt beschritten haben, aus den verschiedensten Gründen nicht gehen kann, daß aber auch aus absehbare Zeit mit einer wirksamen Auslandsbeihilfe schon allein deshalb nicht zu rechnen ist, weil man jenseit-